Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 142. Montag, 20. Juni 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag, verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Landtagswahlen in Hessen.

35 gegen 35 Mandate. — Von 70 Mandaten 32 für die Nationalsozialisten. Deutschnationale und Zentrum behauptet. Schwere Verluste der Kommunisten. Leichte Gewinne der Sozialdemokraten.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis haben erhalten:

		Landtagswahl vom 15. 11. 31
Sozialdemokraten	172 545	(168 101)
Zentrum	108 603	(112 444)
SAP	11 697	(—)
Kommunisten	82 111	(106 790)
Liste Leuchtgens	2 079	(—)
Deutschnationale	11 267	(10 857)
NSDAP	328 313	(291 183)
Demokraten	4 925	(4 613)
Nationale Einheitsliste	25 175	(68 208)

Danach ergibt sich folgende Mandatsverteilung: Sozialdemokraten 17, Zentrum 10, SAP 1, Kommunisten 7, Leuchtgens 0, Deutschnationale 1, Nationalsozialisten 32, Demokraten 0, Nationale Einheitsliste 2.

Es stehen also 35 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Nationalen Einheitsliste gleichfalls 35 Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der SAP und des Zentrums gegenüber. Die Regierungsbildung ist genau so schwierig wie nach der letzten Wahl; die Entscheidung liegt wiederum beim Zentrum.

•

Zum hessischen Wahlergebnis.

)(Berlin. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 77 Prozent gegenüber 82,4 Prozent bei der vorjährigen Landtagswahl und von 86,2 Prozent bezw. 84,7 Prozent bei den beiden Präsidentschaftswahlgängen hat die gestrige hessische Landtagswahl **in erster Linie den Nationalsozialisten Erfolge gebracht.** Der Anteil ihrer Stimmen stieg von 37,1 Prozent bei der Landtagswahl des Jahres 1931 auf 44,0 der gültigen Stimmen und ihre Mandatszahl von bisher 27 auf 32. Auch wenn man die Reichspräsidentenwahl zum Vergleich heranzieht, zeigt sich ein Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen von 314 039 (38,3 Prozent) im zweiten Wahlgang auf nunmehr 328 313. **Günstig haben beim Wahlkampf auch die Sozialdemokraten abgeschnitten.** Ihr Stimmenzuwachs beträgt etwa 4400, und die Zahl ihrer Abgeordneten erhöht sich infolge der feststehenden Mandatszahl und der geringeren Wahlbeteiligung von 15 auf 17. Anteilmäßig fielen ihnen diesmal 28,1 Prozent der Stimmen zu gegen 21,4 Prozent bei der letzten Landtagswahl, während sie bei der Reichstagswahl von 1930 noch 28,9 Prozent der Wähler hinter sich hatten. **Die Kommunisten** haben **starke Einbußen** erlitten; von bisher 13,6 Prozent und zehn Mandaten sind sie auf 11,0 Prozent und sieben Mandate zurückgegangen. Da die mit der Sozialistischen Arbeiterpartei zusammengehende Opposition bei gleichfalls starkem Stimmenverlust sich ihr bisheriges Mandat erhalten konnte, so haben die **Linksparteien insgesamt jetzt einen Sitz weniger als bisher** (25 gegen 26). Einen **leichten Stimmenrückgang** (3800) hat das **Zentrum** erfahren, der aber nur ungefähr der geringeren Wahlbeteiligung entspricht; relativ hat seine Stärke noch etwas zugenommen (14,6 Prozent gegen 14,3), und seine Mandatszahl bleibt mit 10 unverändert. Die **Deutschnationalen** haben absolut und relativ (rund 11 000 Stimmen oder 1,5 Prozent) ihre Stimmenzahl und ihren **bisherigen Besitz behauptet.** Bei der Reichstagswahl 1930 erreichten sie mit 11 900 Stimmen oder 1,6 Prozent eine nur wenig höhere Stimmenzahl. Beim ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wurden für Duesterberg 16 208 Stimmen oder 2 Prozent abgegeben. Die hessischen **Demokraten** haben, allerdings auf niedriger Basis, ihren Besitzstand gut gehalten (4925 oder 0,7 Prozent gegen 4613 oder 0,6 Prozent bisher). Das **politisch bedeutsamste Ergebnis** der hessischen Landtagswahl ebenso wie der beiden vorangegangenen Landtagswahlen in Mecklenburg und Oldenburg ist aber der **fortschreitende Zerfall der bürgerlichen Mittelparteien.** Obwohl sie sich diesmal alle sechs von der Staatspartei bis zum Landvolk zu einer nationalen Einheitsliste zusammengeschlossen hatten, konnten sie von ihren bisherigen, beim letzten Wahlkampf noch getrennt errungenen fünf Mandaten nur zwei retten. Ihre Stimmenzahl ging von 187 112 oder 25,1 Prozent im Jahre 1930 auf 68 208 oder 8,7 Prozent im Jahre 1931 auf jetzt 25 175 oder 3,4 Prozent der gültigen Stimmen zurück.

•

Die Pressestelle der NSDAP. zum Wahlergebnis.

München. Zum **Wahlergebnis im Lande Hessen** schreibt die **Pressestelle der NSDAP.: „Der Wahlsieg der NSDAP. hat die letzte Hoffnung für den schwarz-roten Gegner zerschlagen, der deutschen Freiheitsbewegung im Reich den Weg zur Macht zu verlegen. Das Wahlergebnis zeigt eindeutig die Richtung an, die die politische Entwickelung in Deutschland in den nächsten Wochen nehmen wird. Die NSDAP. hat in Hessen um weitere fünf Mandate zugenommen. Der Gesamtmarxismus hat abermals zwei Mandate verloren. Das Zentrum hat aufs neue Verluste zu verzeichnen. Damit ist bereits jetzt deutlich geworden, daß die nationale Opposition im kommenden Reichstag der entscheidende Faktor sein wird.**

Die Folgerungen, die sich aus der Hessenwahl für die politischen Maximen ergeben, nach denen eine Reichsregierung zu handeln hat, die sich auf den Willen des deutschen Volkes verfassungsmäßig stützen muß, sind also geklärt: Oberstes Gesetz einer Regierung, der zur Zeit keine Volksvertretung zur Seite steht, kann nur sein, dem bereits jetzt klar erkennbaren Volkswillen, der am 31. Juli seine endgültige Bestätigung finden wird, in keiner Weise zuwider zu handeln.

Das Volk verlangt insbesondere, daß Schluß gemacht wird mit den bisherigen „wirtschaftlichen" Notverordnungsmethoden, die ständig neue Entbehrungen den ärmsten Volksgenossen auferlegen und die Wirtschaft durch unerträglich wachsenden Steuerdruck drosseln, statt Arbeit zu schaffen. Das ist auch für die jetzige Reichsregierung die Lehre aus den Hessenwahlen.

Das politische Ergebnis des Landes Hessen muß aber auch — im Hinblick auf die Vorgänge der letzten Tage — **als ein Bekenntnis des deutschen Volkes zum Reichsgedanken** gewertet werden. Der Herr Reichskanzler wird nicht umhin können, künftig seine Haltung gegenüber Ländermaßnahmen, die offensichtlich Reichsgesetze sabotieren, mit dem Volkswillen in Einklang zu bringen. Er hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, widerspenstige Länder zum Gehorsam gegen die Gesetze des Reiches zu zwingen. Die nächsten Tage werden hoffentlich darüber Klarheit bringen."

•

Die „Hessische Landeszeitung" zum Wahlergebnis.

)(Darmstadt. Das Organ der hessischen Nationalsozialisten, die Hessische Landeszeitung, schreibt zu dem Wahlergebnis u. a.: **Die Niederlage der Gegner, das ist diesmal vor allem das Kennzeichen der Wahl. Der Einbruch in die marxistische Front, den man schon bei der letzten Landtagswahl zugestehen mußte, hat Fortschritte gemacht. Das Ergebnis berechtigt für die Regierungsbildung zu keinen großen Hoffnungen. Parlamentarisch ist wohl das Schwergewicht der NSDAP. verstärkt, zur absoluten Mehrheit langt es aber in Hessen leider nicht. Weder Deutschnationale noch Einheitsliste haben es vermocht, für sich einzeln oder zusammen irgend eine Schlüsselstellung zu erlangen. Der Zentrumssturm, wenn auch rissig und arg angebröckelt, steht noch. Ihn zu stürzen muß also weiter gearbeitet werden. Das Ergebnis lehrt uns, daß hierzu nicht nur begründete Hoffnung, sondern Gewißheit besteht. Nur wir haben einen bemerkenswerten Aufstieg, nur wir haben die Jugend.**

Deutschlands Not.

Die Lausanner Rundfunkrede des Reichskanzlers.

Berlin, 20. Juni.

In der der Reichsregierung vorbehaltenen Rundfunkstunde hielt Reichskanzler von Papen aus Lausanne eine über alle deutschen Rundfunksender verbreitete Rede, in der er u. a. sagte:

„Ich habe es hier für meine Pflicht gehalten, in persönlichen Besprechungen mit den Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands, mit dem italienischen Außenminister sowie in meiner Rede vor der Vollsitzung der Lausanner Konferenz nicht nur ein ganz klares und plastisches Bild der Lage Deutschlands zu zeichnen. **Wir haben es daheim und hier in Lausanne deutlich gesagt, daß die deutsche Not zwar nur ein Teilproblem, aber doch auch das Zentralproblem der Weltkrise ist, und wir wissen, daß die Welt um so eher bereit sein wird, Deutschlands Not zu verstehen, als die Welt erkennt, wie sehr die deutsche Not die brennendste Wunde im gesamten Weltkörper ist.**

Deutschland und die Welt brauchen gleichermaßen einen entscheidenden Umschwung in der unheilvollen Nachkriegsepoche, den herbeizuführen die Aufgabe dieser Konferenz ist, und der sowohl uns wie der übrigen Welt viel Not und Leid erspart hätte, wenn er schon früher eingetreten wäre. Gleichzeitig aber müssen die hier in Lausanne versammelten Führer des Auslandes verstehen, daß unser Volk nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine seelische Krise durchmacht, eine Krise, in der nicht mehr das Auf und Ab, das Für und Wider der rein parlamentarischen Ausgleichsmethoden ruhiger Zeiten möglich ist, sondern deren Ueberwindung nur im Geiste einer einheitlichen nationalen Willensbildung verwirklicht werden kann.

Wenn ich als Leiter der jetzigen Reichsregierung hier in Lausanne Verständnis für die deutsche Not fordere, so tue ich dies als der vor das Ausland hingestellte Vertreter des ganzen deutschen Volkes. **Soll die notwendige Einsicht in die Lage unseres Volkes sich durchsetzen, dann muß der Vertreter Deutschlands in Lausanne den geschlossenen Willen der Heimat hinter sich fühlen, muß das Ausland erkennen, daß die jetzige Regierung mit Fug und Recht die Vertretung dieses geschlossenen deutschen Willens für sich in Anspruch nimmt. Die Heimat aber muß zu der Reichsregierung das feste Vertrauen haben, daß sie nicht nur nichts preisgeben wird, was den nationalen Notwendigkeiten entspricht, sondern daß sie darüber hinaus für eine positive Lösung des europäischen Problems alle ihre Kräfte einsetzen wird.**

Der innerpolitische Meinungskampf ist gewiß berechtigt, besonders dann, wenn Neuwahlen vor der Tür stehen, aber dieser politische Kampf hat Grenzen, jenseits welcher er aufhört, Kampf zu sein und anfängt politische Blindheit zu werden. Die neue Reichsregierung wird es zu verstehen und zu würdigen wissen, wenn diese Grenzen des politischen Kampfes gerade von denen geachtet werden, die sich sonst zum Kampf gegen diese Regierung veranlaßt fühlen.

Wir rufen der Heimat zu, daß nur der geschlossene und besonnene einheitliche nationale Wille uns helfen kann. Der besonnene einheitliche nationale Wille uns helfen kann. Der innen und Staatsbürger, daß die deutsche Gemeinschaft den Vorrang vor allen übrigen Fragen hat. Die von mir geleitete Reichsregierung wird immer nur das deutsche Volk sehen, nicht aber Parteien oder Klassen, und sie wird ihre Arbeit getragen sein lassen von dem hohen Gefühl der Verantwortung für das Volksganze. Weiß sie doch, daß es hier und heute um Entscheidungen geht, die nicht geringeres bedeuten als die Zukunft unserer Kultur, Rasse und Nation, als die Zukunft der abendländischen Welt.

Die Opposition in Bayern

München, 20. Juni.

Die Landestagung der Bayerischen Volkspartei stand im Zeichen der politischen Ereignisse im Reich und ihrer Rückwirkung auf Bayern und den gesamten deutschen Süden.

In einer parteioffiziell veröffentlichten Zusammenfassung des Ergebnisses der Tagung heißt es u. a.: Das Merkmal der neuen Regierung sei ihre bedenkliche Abhängigkeit von der Nationalsozialistischen Partei. Ein solches Reichskabinett könne die Bayerische Volkspartei nicht unterstützen. Darum sei die Haltung der Partei zur Regierung Papen die der sachlichen Opposition. Das Deutsche Reich der Zukunft sei nur als föderalistisches Reich denkbar.

Der Landesausschuß stimmte mehreren Entschließungen zu und betonte, die Verordnung des Reichspräsidenten über die Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sei in ihrer jetzigen Form untragbar. Die Bayerische Regierung wird ersucht, beim Reich eine Milderung dieser Notverordnung zu erwirken.

SLUB
Wir führen Wissen.